

Zeitschrift: Tec21
Herausgeber: Schweizerischer Ingenieur- und Architektenverein
Band: 128 (2002)
Heft: 18: Areal DB-Güterbahnhof Basel

Artikel: Qualitätssicherung durch Partizipation: Mitwirkung der Betroffenen im Planungsprozess als Faktor für Qualität und politische Akzeptanz
Autor: Keller, Mard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-80418>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Qualitätssicherung durch Partizipation

Mitwirkung der Betroffenen im Planungsprozess als Faktor für Qualität und politische Akzeptanz

Was tun, wenn sich die Erwägungen zur Wirtschaftlichkeit einer Areal-Konzeption und die Vorstellungen über qualitativ guten Städtebau (noch) nicht zur Deckung bringen lassen? Wenn sich die Fachleute seitens des Grundeigentümers und der Verwaltung (noch) nicht einig sind? Wenn die gesetzlich anzuwendenden Vorschriften keine Lösung nahe legen? Da die hier jeweils zugrunde liegenden Zielkonflikte Wertvorstellungen spiegeln und Lösungen letztlich politisch akzeptiert werden müssen, kann der Einbezug der Bevölkerung den Planungsprozess wesentlich erleichtern.

Im Falle des DB-Güterbahnhof-Areals konnte unter anderem die von einer Bevölkerungsvertretung formulierte Anregung, rund 40 Prozent Grün- und Freifläche auf dem Areal vorzusehen, im Rahmen des zweiten städtebaulichen Wettbewerbs berücksichtigt werden. Auch die Weiterentwicklung der beiden vorliegenden Siegerprojekte soll mit Blick auf die im Frühling 2003 vorgesehene Planaufgabe zusätzlich von einer Bevölkerungsvertretung begleitet werden.

Bei der von der Verwaltung und dem Grundeigentümer partnerschaftlich konzipierten und weiterzuführenden Mitwirkung stellte sich nicht nur die Frage der unmissverständlichen Definition des (in dieser Projektphase notwendigerweise eingeschränkten) Handlungsspielraums der Gruppe, sondern auch diejenige nach deren Zusammensetzung: Sie sollte klein genug sein, um effizient «funktionieren» zu können, sie sollte aber auch gross genug sein, um dem Postulat der Repräsentation der von der städtebaulichen Entwicklung betroffenen Quartiere gerecht zu werden. Dazu gab es verschiedene Möglichkeiten:

1. *Planungszelle* (nach dem Zufallsprinzip zusammengestellte repräsentative Gruppe)
2. Öffentliche *Ausschreibung* der Teilnahme
3. *Direkte Einladung* der Teilnehmenden
4. *Indirekte Einladung* über Institutionen und Organisationen
5. Rückgriff auf bereits *bestehende Strukturen* der Partizipation

Die auf den Zeitpunkt der öffentlichen Präsentation der Wettbewerbsergebnisse am 29. April 2002 aktivierte

«Begleitgruppe Bevölkerung und Gewerbe» ist aus einer Mischung der drei letztgenannten Methoden hervorgegangen. Einerseits sind die Mitglieder der 1998 aufgelösten Gruppe dazu eingeladen, sich weiterhin zu engagieren. Andererseits wurden auch das so genannte Quartiersekretariat Unteres Kleinbasel (ein Trägerverein aus der Gruppe der im Kleinbasel aktiven Vereine und Institutionen) und die IG Kleinbasel (ein Zusammenschluss der dort ansässigen Gewerbe- und Industriebetriebe) eingeladen, je drei Delegierte ihrer Wahl in die Begleitgruppe zu entsenden. Zusätzlich ist die Vertretung der Migrantenorganisationen ebenso sichergestellt wie die Aufnahme weiterer Einzelpersonen (nach dem Prinzip der direkten Einladung). Die Gesamtzahl der Gruppe wird unter 30 Personen liegen, davon knapp die Hälfte aus der ursprünglichen Bevölkerungsgruppe von 1997/98. So kann das seinerzeit erarbeitete Know-how weiterhin genutzt werden.

So pragmatisch und vielleicht auch problematisch die «von oben» organisierte Konstituierung einer repräsentativen Vertretung eines Stadtteils auch sein mag – die wesentlichen Werthaltungen, Meinungen und Argumente werden so auf den Tisch gelegt und dadurch fassbar und handhabbar. Natürlich ersetzt Mitwirkung nicht die öffentliche Planaufgabe und den politischen Entscheidungsprozess in Regierung und Parlament. Aber entscheidend ist, dass es die Akzeptanz dem Projekt gegenüber erhöht. Damit dient die Partizipation im weiteren Sinne der Qualitätssicherung. Das ist sowohl im Interesse der Grundeigentümer, die das Areal primär nach ökonomischen Gesichtspunkten bewerten müssen, wie auch jenem der Stadtplaner, in deren Betrachtungsweise soziale und ökologische Aspekte gemäss dem Drei-Säulen-Prinzip der Nachhaltigkeit ebenso wichtig sind. Der «Kompass-Effekt» eines geeigneten Partizipationsverfahrens jenseits der eingefahrenen politischen Verhandlungsmechanismen und jenseits der reinen Verwaltungstätigkeit am grünen Tisch trägt wesentlich dazu bei, die eingangs angesprochenen Zielkonflikte aufzulösen.